



Eidgenössisches Departement des Innern  
Inselgasse 1  
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen  
Regierungsgebäude  
9001 St.Gallen  
T +41 58 229 89 42  
info.sk@sg.ch

St.Gallen, 2. Juli 2024

### **Umsetzung und Finanzierung der Initiative für eine 13. AHV-Rente; Vernehmlassungsantwort**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 22. Mai 2024 laden Sie uns zur Vernehmlassung zur Umsetzung und Finanzierung der Initiative für eine 13. AHV-Rente ein. Wir danken für diese Gelegenheit und äussern uns gern wie folgt.

Die Regierung des Kantons St.Gallen begrüsst die rasche Vorlage des Vernehmlassungsentwurfs zur Umsetzung und Finanzierung der Initiative «Für ein besseres Leben im Alter (Initiative für eine 13. AHV-Rente)». Insbesondere die vorgesehene Abgrenzung zu den Ergänzungsleistungen ist zweckmässig. Der Auszahlung der 13. AHV-Rente per Ende Jahr ist indes eine monatliche Auszahlung vorzuziehen. Ob eine einmal jährliche Auszahlung tatsächlich dem Willen der Initiantinnen und Initianten und der Stimmberechtigten entspricht, ist lediglich eine Annahme. Mit einer monatlichen Auszahlung kann die Kaufkraft der Rentnerinnen und Rentner laufend verbessert werden. Bei Personen mit engem Haushaltsbudget ist eine monatliche Auszahlung des Teilbetrags sinnvoller. Zudem ist eine monatliche Auszahlung administrativ einfacher. Eine Einmalauszahlung im Dezember unter Berücksichtigung der unterjährigen Veränderungen der Rente würde sowohl bei der Zentralen Ausgleichsstelle (ZAS) als auch bei den Ausgleichskassen zu erheblichen Anpassungen bei den Fachapplikationen und der Leistungsbuchhaltung führen und würde die Komplexität des Sozialwerkes unnötigerweise erhöhen.

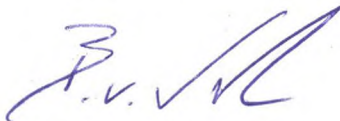
Bezüglich Finanzierung wird die Variante mit einer moderaten Erhöhung der Beitragssätze sowie der Mehrwertsteuer und entsprechend einem Vermögensverzehr der AHV für den Bundesanteil favorisiert (Variante 2A). Die vorgesehenen proportionalen Anpassungen bei den Mehrwertsteuersätzen werden begrüsst, da damit der Konsum von Gütern des täglichen Bedarfs und somit die Kaufkraft von tiefen und mittleren Einkommen weniger stark belastet wird.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Im Namen der Regierung



Susanne Hartmann  
Präsidentin



Dr. Benedikt van Spyk  
Staatssekretär

**Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:**  
sekretariat.abel@bsv.admin.ch